NRW-Kripo sieht dringenden Handlungsbedarf bei der Polizeiausbildung

04.09.2015

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter NRW begrüßt die Entscheidung der Landesregierung, weitere 250 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte einzustellen.

Entgegen den Veröffentlichungen der Landesregierung stellt die NRW-Polizei damit zwar noch nicht "so viele junge Leute ein wie nie zuvor" (Zwischen 1976 und 1981 stellte das Land jährlich mehr als 2.000 neue Polizeibeamte ein.), doch angesichts dramatischer Entwicklungen - gerade im Bereich von Wohnungseinbrüchen und Taschendiebstählen, aber auch einer anhaltenden Bedrohung durch islamistischen Terrorismus - ist dies ein wichtiges und richtiges Signal. Innenminister Ralf Jäger und die regierungstragenden Landtagsfraktionen gehen wichtige Schritte in die richtige Richtung und nehmen die langjährigen Forderungen der drei Polizeigewerkschaften ernst.

Leider helfen diese Schritte insbesondere der Kriminalpolizei zunächst noch nicht, da sie von diesen Mehreinstellungen lange Zeit nicht profitieren kann. Grundsätzlich dauert es mindestens sieben Jahre, bis heute eingestelltes Personal dort zur Verfügung steht.

Der BDK-Landesvorsitzende Sebastian Fiedler: "So kann es nicht weitergehen. Wir steuern sehenden Auges auf ein riesengroßes Fortbildungs- und Qualifizierungsproblem bei der Kriminalpolizei zu. Wir brauchen auch in Zukunft so gute Ermittler wie heute. Mich erreichen bereits besorgte Anrufe aus der Wirtschaft und der Bevölkerung."

Es gibt derzeit in Nordrhein-Westfalen keine Ausbildung für die Kriminalpolizei. Der NRW-Bachelorstudiengang, den die Polizeistudenten absolvieren, qualifiziert ausschließlich für den Wachdienst. Daher versehen auch alle frisch gebackenen Kommissarinnen und Kommissare ihre ersten Dienstjahre zunächst dort und in den Einsatzhundertschaften. Für eine spätere Verwendung bei der Kripo müssen sie erst mühsam fortgebildet werden. Diese Fortbildung kostet das Land viele Millionen Euro, von denen ca. 10 Millionen Euro gespart werden könnten, wenn ein Teil des kriminalpolizeilichen Nachwuchses aus einem neuen Studiengang käme. Aufgrund der hohen Pensionierungszahlen in den kommenden Jahren ist diese Fortbildung auf dem heutigen hohen Niveau aus Kapazitätsgründen ohnehin nicht mehr zu leisten.

Die jetzt beschlossenen 250 Mehreinstellungen können daher nur der erste Schritt sein. In einem zweiten muss die Entscheidung folgen, diese Mehreinstellungen unmittelbar für die Arbeit in der Kriminalpolizei auszubilden, um bereits direkt nach dem Studium den Kriminalkommissariaten zur Verfügung zu stehen. Dies wäre auch kurzfristig kein Problem. Die Konzepte liegen auf dem Tisch.

Sebastian Fiedler: "Vielen der besorgniserregenden Kriminalitätsphänomene muss vor allem durch qualifizierte kriminalistische Arbeit von Ermittlungskommissionen und die beweissichere Überführung von Tatverdächtigen begegnet werden. So ist es möglich, diese Kriminalität auf Dauer wirkungsvoll einzudämmen. Die Ermittlungsarbeit bei der Kriminalpolizei muss ebenso wie der wichtige Dienst in der Schutzpolizei endlich wieder ein Ausbildungsberuf werden."

Schlagwörter
Nordrhein-Westfalen
diesen Inhalt herunterladen: PDF